

# Bekanntmachung

## Zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Bezeichnung	Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement
Postanschrift	Friedrich-Ebert-Str.79/81
Ort	14469 Potsdam
Telefon	+49 331289-0
E-Mail	zentrale-vergabestelle@rathaus.potsdam.de
URL	<a href="https://www.potsdam.de/de">https://www.potsdam.de/de</a>

## Zuschlag erteilende Stelle

die zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

## Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen

Elektronisch über diese Vergabepattform: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCR6TYN>  
Postalische Angebote oder Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen

## Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Elektronisch über diese Vergabepattform: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCR6TYN/documents>

## Art und Umfang der Leistung

Im Hinblick auf das gesamtstädtische Ziel "Digitales Potsdam" werden derzeit in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) verschiedenste Digitalisierungsprojekte durchgeführt. Ein zentrales Digitalisierungsprojekt ist dabei die Einführung der elektronischen Aktenführung im zentralen Dokumentenmanagementsystem (DMS). In der DMS-Strategie der LHP wurde verankert, zur Digitalisierung der Posteingänge eine elektronische Poststelle (E-Poststelle) mit einer zentralen Scanstelle sowie Massenscanprozessen einzurichten. Eine E-Poststelle umfasst die Gesamtheit der Prozesse und Strukturen, die zur Bearbeitung des digitalen Posteingangs (u.a. E-Mails, elektronisches Behördenpostfach), der Digitalisierung der analogen Post sowie der Verteilung notwendig sind.

Als wichtiges Teilziel für die Einrichtung einer E-Poststelle wurde im Kontext der DMS-Strategie in der LHP beschlossen, sich zunächst auf die Digitalisierung und elektronische Verteilung der zentral in der Poststelle eingehenden Papierpost zu fokussieren. Dies soll über die Einrichtung einer durch die LHP selbst betriebenen zentralen Scanstelle erreicht werden. Der Scanprozess in der zentralen Scanstelle soll konform zur TR-Resiscan des BSI umgesetzt werden, eine Zertifizierung wird jedoch nicht angestrebt.

Durch die zunehmende Digitalisierung und der damit verbundenen verstärkten Nutzung digitaler Kommunikationswege ist zwar zu erwarten, dass das Volumen des klassischen Papierpostverkehrs in Zukunft abnehmen wird, aufgrund von rechtlichen und sozialen Aspekten wird dieser alternative Kommunikationsweg jedoch weiterhin bestehen bleiben. In diesem Kontext sind insbesondere Kommunalverwaltungen wie die LHP als eine der wichtigsten staatlichen Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger gefragt, Konzepte zu entwickeln, wie sie ihren Papierposteingang digitalisieren können, um eine medienbruchfreie elektronische Weiterverarbeitung der eingegangenen Dokumente sicherzustellen.

Für die Einrichtung der zentralen Scanstelle möchte die LHP zur Unterstützung in der Konzeptionierungsphase, bei der Anforderungserhebung, der Vergabevorbereitung und Durchführung für die technischen Komponenten der Scanstraße sowie bei der Teststellung, Abnahme & Produktivsetzung der Scanstraße einen externen Dienstleister beauftragen.

## Haupterfüllungsort

Bezeichnung	Landeshauptstadt Potsdam
Postanschrift	Friedrich-Ebert-Str. 79/81
Ort	14469 Potsdam

## Ausführungsfristen

# Ö-L-501-302-24: Konzeptionelle Unterstützung und Einführungsbegleitung für den Aufbau einer zentralen Scanstelle in der LHP

VO: UVgO Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

## Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Frist für die Leistungszeiträume:

1. Leistungsbaustein: Abschluss Konzeption und Anforderungserhebung bis zum 30.09.2025

2. Leistungsbaustein: Abschluss Vergabevorbereitung technische Komponenten bis zum 30.11.2025

3. Leistungsbaustein: Abnahme Gesamtsystem bis zum 31.01.2027

Es wird beabsichtigt, die Leistungen unmittelbar nach Zuschlagserteilung in Anspruch zu nehmen.

## Zuschlagskriterien

Kriterium	Gewichtung
-----------	------------

Preis	30%
-------	-----

Qualität des Konzeptes	50%
------------------------	-----

Qualifikation und Erfahrung des einzusetzenden Personals	20%
--	-----

Weitere Informationen zu den Zuschlagskriterien:

Zum Kriterium Preis:  $\text{Preispunkte} = (30 - 30 * (\text{Angebotssumme Bieter} - \text{Angebotssumme niedrigstes Angebot}) / \text{Angebotssumme niedrigstes Angebot})$

Zum Kriterium Qualität des Konzeptes: Dieses Kriterium beinhaltet folgende Unterkriterien: Zeit- und Ablaufplan (15%), Konzeptionelle Darstellung (25%), Methodische Herangehensweise (20%), Kommunikation mit den Akteuren (25%), Kommunikation mit dem Auftraggeber (15%).

Zum Kriterium Qualifikation und Erfahrung des einzusetzenden Personals: Dieses Kriterium beinhaltet folgende zwei Unterkriterien: Berufserfahrung und fachliche Qualifikation des Projektleiters (Kurzprofil und Referenzen im Leistungsbereich) (60%), Erfahrung und fachliche Qualifikation der geplanten Mitglieder des Projektteams (Kurzprofil und Referenzen im Leistungsbereich) (40%).

Mit dem Angebot sind durch den Bieter entsprechende Nachweise zur (Berufs-) Erfahrung und Qualifikationen des vorgesehenen Projektleiters und des vorgesehenen Projektteams einzureichen. Für die Angabe der Referenzen sind jeweils die Formblätter 4.7 "Erklärung zu Referenzen des Projektleiters / des Projektteams" zu verwenden.

- Eigenerklärung über mindestens zwei personenbezogene Referenzen aus den letzten 5 Jahren (rückwirkend ab Angebotsfrist), die mit dem vorliegendem Auftragsgegenstand vergleichbar sind (Formblatt 4.7 Projektleitung): Als vergleichbare Leistung wird angesehen, welche den Grad im Umfang, in der Aufgabenstellung sowie in Organisationen im öffentlichen Sektor mit einer Größe von mindestens 1000 Beschäftigten erfüllen. Die Projektleitung soll, eine ausreichende berufliche Erfahrung (mind. 10 Jahre) für die Ausführung der ausgeschriebenen Leistung besitzen. Es werden ausgeprägte Erfahrungen aus der Erbringung vergleichbarer Leistungen aus vorangegangenen Aufträgen (persönliche Referenzen) erwartet.

- Eigenerklärung über mindestens eine personenbezogene Referenz aus den letzten 5 Jahren (rückwirkend ab Angebotsfrist), die mit dem vorliegendem Auftragsgegenstand vergleichbar ist (Formblatt 4.7 Projektteam): Als vergleichbare Leistung wird angesehen, welche den Grad im Umfang, in der Aufgabenstellung sowie in Organisationen im öffentlichen Sektor mit einer Größe von mindestens 1000 Beschäftigten erfüllen. Das Projektteam soll aus Mitgliedern bestehen, die Erfahrungen für die Ausführung der ausgeschriebenen Leistung besitzen. Das Projektteam verfügt über Erfahrungen aus der Erbringung vergleichbarer Leistungen vorangegangener Aufträge.

# Ö-L-501-302-24: Konzeptionelle Unterstützung und Einführungsbegleitung für den Aufbau einer zentralen Scanstelle in der LHP

VO: UVgO

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Hinweis zum Formblatt 4.7:

Als Referenz werden auch Leistungszeiträume gewertet, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe noch nicht abgeschlossen sind, in denen jedoch bis zur Abgabe des Angebotes die wesentlichen, mit dem hiesigen Leistungsgegenstand vergleichbaren Leistungen, erbracht wurden.

Folgende Angaben zum Formblatt 4.7 sind zu tätigen:

- Auftragsgegenstand
- Leistungszeitraum
- Kurze Beschreibung des Umsetzungsstandes bei noch nicht abgeschlossenen Referenzprojekten
- Funktion der benannten Person
- Kurzbeschreibung der Referenz:
- Auftraggeber
- Abteilung des Auftraggebers (ggf. Ansprechpartner) und Kontaktdaten (E-Mail und Telefonnummer).

## Nebenangebote

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

### Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose:  Ja  Nein

## Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Sofern nichts anderes geregelt ist, ist die Beibringung als Eigenerklärung mit Angebotseinreichung ausreichend.

Mit dem Angebot sind einzureichen:

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff. GWB (Formular 4.1). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe für jedes Mitglied separat einzureichen.

- Eigenerklärung über die Unternehmensdarstellung (Bieter) mit folgenden Angaben: Name des Unternehmens, Rechtsform, Registerart, Nummer der Eintragung, Registergericht, Genehmigungsnummer/-behörde, Unternehmensträger (z.B. Inhaber, Gesellschafter), Stammkapital (soweit einschlägig), Vertretungsberechtigte Personen bzw. Organe (z.B. Geschäftsführer) sowie Geschäftsfelder des Unternehmens (Formular 4.5).

Im Falle einer Bietergemeinschaft muss die Erklärung zur Unternehmensdarstellung (Formular 4.5) von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorgelegt werden.

## Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Sofern nichts anderes geregelt ist, ist die Beibringung als Eigenerklärung mit Angebotseinreichung ausreichend.

Mit dem Angebot sind einzureichen:

- Eigenerklärung über mindestens zwei unternehmensbezogene Referenzen aus den letzten 5 Jahren (rückwirkend ab Angebotsfrist), die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand vergleichbar sind (Formblatt 4.6): Als vergleichbare Leistung wird angesehen, welche den Grad im Umfang, in der Aufgabenstellung sowie in Organisationen im öffentlichen Sektor mit einer Größe von mindestens 1000 Beschäftigten erfüllen.

Hinweis zum Formblatt 4.6

Als Referenz werden auch Leistungszeiträume gewertet, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe noch nicht abgeschlossen sind, in denen jedoch bis zur Abgabe des Angebotes die wesentlichen, mit dem hiesigen Leistungsgegenstand vergleichbaren Leistungen, erbracht wurden.

Folgende Angaben zum Formblatt 4.6 sind zu tätigen:

- Auftragsgegenstand
- Leistungszeitraum
- Beschreibung der Leistung

# Ö-L-501-302-24: Konzeptionelle Unterstützung und Einführungsbegleitung für den Aufbau einer zentralen Scanstelle in der LHP

VO: UVgO Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

- Kurze Beschreibung des Umsetzungsstandes bei noch nicht abgeschlossenen Referenzprojekten
- Auftraggeber
- Abteilung des Auftraggebers (ggf. Ansprechpartner) und Kontaktdaten (E-Mail und Telefonnummer).

Bei einer Bietergemeinschaft genügt es, wenn die Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die unternehmerischen Referenzen für die Bietergemeinschaft insgesamt durch Bündelung der Kapazitäten nachgewiesen wird.

- Eigenerklärung über Unteraufträge/Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (Formular 4.3). Es sind Angaben zu tätigen, welche Teile des Auftrages das Unternehmen, unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt bzw. welche Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe beabsichtigt sind in Anspruch zu nehmen. (sofern einschlägig).

## Sonstige

Sofern nichts anderes geregelt ist, ist die Beibringung als Eigenerklärung mit Angebotseinreichung ausreichend.

Mit dem Angebot sind einzureichen:

- Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular 5.3)

Im Falle einer Bietergemeinschaft muss die Erklärung zur Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formular 5.3) von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorgelegt werden.

- Eigenerklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft, dass der bezeichnete bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und im Falle der Auftragserteilung bei der Durchführung des Vertrages rechtsverbindlich vertritt; der bevollmächtigte Vertreter darf, mit uneingeschränkter Wirkung, für jedes Mitglied Zahlungen annehmen und alle Mitglieder haften für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner (Formular 4.2) (sofern einschlägig).

- Infoblatt Datenverarbeitung Vergaben und Verträge

- Informationsblatt e-Vergabe

- Bewerbungsbedingungen (Formular 5.5)

- Angaben zur Abfrage von Eintragungen aus dem Wettbewerbsregister: Der Auftraggeber wird für den/die Wirtschaftsteilnehmer, auf dessen/deren Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG bei der Registerbehörde anfordern. Bewerber/Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten haben daher auf Anforderung des Auftraggebers einen vergleichbaren Nachweis nach Maßgabe der Rechtsvorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, für den/die Wirtschaftsteilnehmer, auf dessen/deren Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, zusätzlich einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a Abs. 1 Nr. 4 GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Die vorgenannte Verfahrensweise gilt entsprechend.

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind für jeden benannten Unterauftragnehmer / Eignungsverleiher separat einzureichen:

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB (Formular 4.1)

- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Formular 4.4)

- Vereinbarung zwischen dem Bieter/Auftragnehmer/Nachunternehmer/Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmern oder Verleihern (Formular 5.4)

## Wesentliche Zahlungsbedingungen

siehe Vertragsentwurf

## Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

- keine -

**Schlusstermin für den Eingang der Angebote**  
**Bindefrist des Angebots**

08.01.2025 um 09:00 Uhr  
14.03.2025

## Zusätzliche Angaben

Elektronisches Angebot:

Die elektronische Angebotsabgabe ist über den Projektraum zum Verfahren auf der elektronischen Plattform "Vergabemarktplatz Brandenburg" vorzunehmen. Voraussetzung ist eine Registrierung als Nutzer und Freischaltung des Projektraumes. Nähere Details dazu finden sich unter <http://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPCenter/>. Bei elektronischer Übermittlung in Textform ist der Bieter und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur zu versehen. Das elektronische Angebot ist mit den Anlagen bis zum Ende der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln. Eine Angebotsabgabe per Mail ist nicht zulässig.

(1) Die Kommunikation infolge von Bieterfragen, über sonstige Änderungen o.ä. erfolgt ebenfalls über den Vergabemarktplatz, so dass sich die Bieter fortlaufend selbst über den Vergabemarktplatz zum Verfahren, den Stand der Vergabeunterlagen, sowie etwaige Änderungen informieren müssen. Die kostenlose Registrierung zur Teilnahme am Verfahren wird daher empfohlen, da dann der registrierte Bieter automatisch über Änderungen bzw. Nachrichten der Vergabestelle informiert wird. Auch können im Verfahren Nachrichten an die Vergabestelle gesendet werden.

(2) Sollte sich im Vergabeverfahren ein zusätzlicher Informationsbedarf ergeben, der der Bekanntmachungspflicht unterliegt, erfolgt eine entsprechende Bekanntmachung. Interessenten haben sich daher bis zum Ablauf der Angebotsfrist über weitere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren stets zu informieren. Bei Registrierung zum Verfahren auf dem Vergabemarktplatz erfolgt jedoch ebenfalls eine automatische Benachrichtigung über eine Bekanntmachungsänderung oder weitere Bekanntmachungen.

(3) Für die Erstellung von Angeboten sind zwingend die vom Auftraggeber über den Vergabemarktplatz in den Vergabeunterlagen bereit gestellten Vordrucke/Formulare zu verwenden. Änderungen an diesen Vordrucken/Formularen sind - soweit nicht durch den Auftraggeber explizit zugelassen - unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots. Im Übrigen gelten die weitergehenden Anforderungen und Konkretisierungen in den Vergabeunterlagen

(4) Beteiligt sich eine Gruppe von: Wirtschaftsteilnehmern als Bietergemeinschaft am Verfahren oder wird auf Kapazitäten und Leistungen Dritter (z. B. Nachunternehmer) zum Nachweis der Eignung oder zur Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungsanforderungen zurück gegriffen, sind die Einzelheiten bezüglich der Voraussetzungen sowie den von diesen einzureichenden Nachweise und Erklärungen den veröffentlichten Vergabeunterlagen zu entnehmen.

(5) Bei der Erarbeitung und Übersendung des Angebots ist zudem Folgendes zu beachten:

1. Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache einzureichen. Bescheinigungen/Nachweise von nicht deutschsprachigen Einrichtungen müssen mit beglaubigter Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden.
2. Es sollen nur die geforderten Erklärungen/Unterlagen/Nachweise dem Angebot beigelegt werden. Von der Übersendung allgemeingültiger Firmenunterlagen, Broschüren, Mappen o. ä. ist bitte abzusehen. Diese werden nicht berücksichtigt.
3. Abgeforderte Nachweise und Urkunden können dem Angebot in Kopie beigelegt werden. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, bei Zweifeln und Bedenken die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen zu verlangen.
4. Die geforderten Eignungsnachweise beruhen im Wesentlichen auf Eigenerklärungen der Bieter. Der Auftraggeber weist daher darauf hin, dass insbesondere im Zusammenhang mit Fragen der Zuverlässigkeit ergänzende Nachweise und Erklärungen vom Bieter oder externen Stellen jederzeit verlangt oder eingeholt werden können.

(6) Die Angebotsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Es erfolgt keine Entschädigung für die Erstellung einzureichender Unterlagen bzw. Angeboten.

(7) Im Fall von inhaltlichen Widersprüchen zur Auftragsbekanntmachung desselben Auftrags in anderen Bekanntmachungsmedien gelten einzig die Erklärungen der veröffentlichten Bekanntmachung.

Bekanntmachungs-ID: CXP9YCR6TYN